

Rückkehr zur Wehrpflicht: General Badia fordert dringenden Handlungsbedarf!

Deutscher NATO-General Christian Badia fordert am 11.06.2025 die Rückkehr zur Wehrpflicht wegen Personalengpässen in der Bundeswehr.



Deutschland - Der Rückruf der Wehrpflicht in Deutschland ist derzeit ein heiß diskutiertes Thema, insbesondere angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa. Aktuellen Berichten zufolge fordert der deutsche NATO-General Christian Badia die Rückkehr zur Wehrpflicht, um einen zusätzlichen Bedarf von bis zu 60.000 Soldaten in der Bundeswehr zu decken. Dieser Schritt könne nicht auf die lange Bank geschoben werden, da vier Jahre Abwarten laut Badia zu spät seien, um die Fähigkeitsziele der NATO umzusetzen. In den vergangenen Jahren habe die Bundeswehr nur unzureichend mit freiwilligen Angeboten Personal gewinnen können, was den Druck auf eine politische Lösung erhöhe. **KN Online berichtet, dass** Badia auch die Argumentation zurückweist, dass es an den

notwendigen Kasernen und Ausbildern fehle. Er schlägt vor, Investoren zur Reaktivierung alter Kasernen zu suchen.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich in der Tat grundlegend geändert. Warnungen von Bundesnachrichtendienst und Bundeswehr sprechen von der Gefahr eines russischen Angriffs auf NATO-Territorium, während neue Lagebewertungen darauf hinweisen, dass Russland möglicherweise bis Ende der Dekade die Voraussetzungen für einen großmaßstäblichen konventionellen Krieg schaffen könnte. **WDR hebt hervor, dass** Verteidigungsminister Boris Pistorius die Notwendigkeit betont, kriegstüchtig zu werden, und die Diskussion über die Reaktivierung der Wehrpflicht laut ihm eine Option zur Erweiterung der Truppengröße darstellt.

Politische Debatte über Wehrpflicht

Die politische Dimension der Debatte ist heikel. Die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD haben im Koalitionsvertrag einen neuen, attraktiven Wehrdienst vorgesehen, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert. Trotzdem erhöht die Union den Druck auf die Regierung, da eine hohe fünfstellige Zahl von Soldaten in der Bundeswehr fehlt. **T-Online berichtet, dass** der Unionsfraktionsvize Norbert Röttgen eine Regelung fordert, falls nicht genügend Freiwillige gefunden werden. Dies unterstreicht den bestehenden Konflikt innerhalb der Koalition, da der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch eine Diskussion über die Wehrpflicht in dieser Legislaturperiode ablehnt.

Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass die Reaktivierung der Wehrpflicht auch durch eine einfache gesetzgeberische Mehrheit im Bundestag erfolgen könnte, während ein verpflichtendes System für Frauen eine Verfassungsänderung erfordern würde. Ehemalige Wehrbeauftragte wie Högl warnen zudem davor, dass die Bundeswehr gegenwärtig nicht für die Umsetzung der Wehrpflicht ausgestattet ist, da viele Kasernen und Liegenschaften verkauft wurden. **WDR ergänzt, dass** die Bundeswehr aktuell Schwierigkeiten hat, Ausbilder und

geeignete Einrichtungen bereitzustellen.

Fazit

Die Diskussion über die Rückkehr zur Wehrpflicht wird in Deutschland zunehmend intensiver geführt. Während militaristische Stimmen wie die von General Badia die Rückkehr befürworten, gibt es innerhalb der politischen Landschaft sowohl Unterstützung als auch maßgeblichen Widerstand, besonders von der SPD. Der Weg zu einer möglichen Wiedereinführung ist noch hinreichend unklar, da umfassende Vorbereitungen und politische Einigung notwendig sind, um die Wehrpflicht, selbst in modifizierter Form, wieder zu etablieren. In den kommenden Wochen und Monaten könnte sich die Debatte noch weiter zuspitzen, vor allem angesichts der geopolitischen Entwicklungen in Europa.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Deutschland
Quellen	• www.kn-online.de • www1.wdr.de • www.t-online.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net